

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 16.12.2008  
im Kreishaus Borken,  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

#### Mitglieder:

Herr Hubert Bestert 46354 Südlohn  
Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn  
Frau Heidi Buskase 48599 Gronau  
Herr Manfred Daberkow 48599 Gronau  
Herr Josef Leinen 48712 Gescher  
Herr Gerhard Ludwig 46325 Borken  
Herr Johannes Maus 46342 Velen  
Herr Josef Osterhues 48683 Ahaus

Vertretung für  
Herrn Markus Jasper

Frau Stephanie Pohl 48712 Gescher  
Frau Ursula Schulte 48691 Vreden  
Herr Jens Steiner 48619 Heek  
Frau Maria Storcks 46325 Borken

(ab TOP 2)  
Vertretung für Frau  
Dr. Marie-Elisabeth Averkamp

Frau Gerti Tanjsek 46397 Bocholt  
Herr Heinz-Josef Tönnies 46359 Heiden

Vertretung für  
Frau Silke Sommers  
(ab TOP 2)

Frau Gertrud Welper 48691 Vreden  
Frau Ursula Zurhausen 46325 Borken

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp  
Frau Annette Scherwinski  
Herr Reinhard Groschke  
Herr Hans Ritter  
Frau Susanne Lökes  
Herr Jürgen Bietenbeck

**Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17:10 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

**Punkt 1: Bericht über die Familienunterstützenden Dienste im Kreis Borken  
Vorlage: 0289/2008**

---

Berichterstatter: Herr Groschke

Auf Nachfrage von Frau Schulte wird bestätigt, dass derzeit die Familienunterstützenden Dienste im Kreis Borken mit dem vorgestellten Angebot vom Kreis Borken finanziell nicht unterstützt werden.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht über die Familienunterstützenden Dienste im Kreis Borken zur Kenntnis.

**Punkt 2: Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2009**

- Vorbericht zum Haushalt 2009
- Budget 01 "Soziales"
- Budget 04 "Gesundheitswesen"
- Antrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2008 Nr. 01-01
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.12.2008 Nr. 01-02
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.12.2008 Nr. 01-03
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.12.2008 Nr. 01-04
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.12.2008 Nr. 01-05
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.12.2008 Nr. 04-01
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.12.2008 Nr. 04-02
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.12.2008 Nr. 04-03
- Antrag der UWG-Fraktion vom 14.12.2008 Nr. 01-06
- Antrag der UWG-Fraktion vom 14.12.2008 Nr. 04-04

**Vorlage: 0287/2008**

---

Berichterstatter: Herr Groschke  
Frau Scherwinski

Es besteht Einvernehmen darüber, die zu beratenden Budgets Seite für Seite durchzugehen und in diesem Zusammenhang Fragen zu beantworten sowie anschließend die gestellten Anträge zu beraten und zu beschließen.

## **Budget 01 – Soziales**

Frau Schulte fragt zu der auf Seite 30 aufgeführten Förderung der Schuldnerberatung nach, ob Bestrebungen bestünden, das Angebot weiter auszuweiten, da stets von sehr langen Wartezeiten berichtet werde.

Herr Groschke entgegnet hierauf, dass die Aufwendungen für die Schuldnerberatung nunmehr auf die Bereiche SGB XII und SGB II aufgeteilt seien. Man habe bereits den Gesamtaufwand von 140.000 € auf 200.000 € erhöht. Zudem seien seit zwei Jahren Sprechstunden der Schuldnerberatung in den Rathäusern der Kommunen im Kreis Borken eingerichtet worden. Es sei abzuwarten, ob weitere Maßnahmen erforderlich seien.

Auf Bitte von Frau Schulte werden Ausführungen zu den einzelnen Schuldnerberatungsstellen und zu den Fallzahlen dem Protokoll als Anlage (Anlage 1) beigelegt.

### **Antrag 01-01 der CDU-Fraktion:**

#### **Familienunterstützende Dienste/Hilfen**

Frau Pohl erläutert den Antrag der CDU. Im Rahmen von Nachfragen wird verdeutlicht, dass mit den beantragten Mitteln die Familienunterstützenden Dienste unterstützt werden sollen, um auch ihre Beratungsleistung aufrecht zu erhalten. Eine Finanzierung der Hilfen/Unterstützungsleistungen selbst sei nicht vorgesehen. Hierfür seien in der Regel die Pflegekassen zuständig.

Auch gehe es nicht nur um behinderte Kinder und deren Familien, sondern auch um behinderte Erwachsene. Mit Hilfe der Familienunterstützenden Dienste solle nach der LWL-Initiative vergleichbar mit dem Projekt „Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt“ versucht werden, behinderte Menschen so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung zu belassen.

Herr Haßenkamp verweist in diesem Zusammenhang auf den TOP 1. Früher seien auch die Familienunterstützenden Dienste durch den Kreis Borken gefördert worden. Diese Förderung habe man jedoch im Rahmen der Aufgabenkritik gestrichen. Die Anbieter hätten sich darauf hin an die großen Stiftungen wie z. B. Aktion Mensch gewandt. Diese externe Finanzierung laufe nunmehr aus. Wenn also die Strukturen erhalten werden sollen, müsse die Politik handeln, denn die Verwaltung sei an den im Rahmen der Aufgabekritik gefassten Kreistagsbeschluss gebunden.

Herr Leinen unterstützt im Namen der UWG-Fraktion den gestellten Antrag.

Frau Welper begrüßt im Namen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Initiative hinsichtlich des Zieles, die Betroffenen in ihren gewohnten Umfeld zu belassen, bittet jedoch

die Verwaltung um eine Aufstellung zur nächsten Kreistagssitzung, welche Dienste konkret in Betracht kommen.

Herr Ludwig erklärt, dass die SPD-Fraktion bei konkreten Informationen dem Antrag zustimmen könne. Er werde sich diesbezüglich an Herrn Haßenkamp oder Herrn Groschke per e-mail wenden. Die SPD-Fraktion werde sich bei der Abstimmung heute jedoch der Stimme enthalten.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag 01-01 der CDU-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:**                   12 Ja-Stimmen  
                                      0 Nein-Stimmen  
                                      4 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, in den Haushaltsentwurf 2009 eine Haushaltsposition in Höhe von 150.000 € (für Sozialarbeiter und Verwaltungskostenzuschlag) für Familienunterstützende Dienste einzustellen. Über die Vergabe der Gelder wird nach Vorlage entsprechender Vereinbarungen mit den im Kreisgebiet tätigen Anbietern entschieden.

**Antrag 01-02 der CDU-Fraktion:**

**Erweiterung des Stellenanteils in der Behindertenberatung**

Auf Nachfrage von Frau Schulte erläutert Herr Haßenkamp, dass bis zum Ausscheiden von Herrn Böckers die Behindertenberatung mit nahezu einer vollen Stelle durchgeführt worden sei. Da Herr Böckers zudem Vertrauensmann der Schwerbehinderten gewesen sei, könne man von einem Stellenanteil von 0,8 ausgehen. Mit dem Ausscheiden des Herrn Böckers sei eine Umorganisation erfolgt. Nunmehr nehme Frau Thien die Aufgabe mit einem Stellenanteil von 0,3 bis 0,4 wahr.

Auf die Frage von Frau Tanjsek, was unter „kostenneutral“ zu verstehen sei, entgegnet Herr Haßenkamp, dass man die Kostenneutralität auf das Gesamtbudget beziehe. Die Stellenerweiterung würde insofern im Rahmen einer anderweitigen Fluktuation erfolgen müssen. Herr Steiner stellt daraufhin fest, dass die Stellenanhebung zu Lasten einer anderen Aufgabe erfolgen werde.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag 01-02 der CDU-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:**                   15 Ja-Stimmen  
                                      0 Nein-Stimmen  
                                      1 Enthaltung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, den Stellenanteil für die Behindertenberatung wieder auf eine volle Stelle kostenneutral anzuheben.

**Antrag 01-03 der CDU-Fraktion:**

**Einrichtung von Pflegestützpunkten**

**Antrag 01-04 der SPD-Fraktion:**

**Entwicklung und Umsetzung einer Pflegeberatungskonzeption**

Es besteht Einvernahme, beide Anträge gemeinsam zu behandeln.

Herr Ludwig macht jedoch darauf aufmerksam, dass die einzurichtenden Pflegestützpunkte nur die Beratung bereits Pflegebedürftiger vorsieht. Der Personenkreis der von Pflegebedürftigkeit bedrohten Menschen stehe außen vor. Die Verhinderung von Pflegebedürftigkeit sei insofern auch nicht Thema bei den Pflegestützpunkten. Auf Nachfrage erläutert Herr Ludwig, dass mit den veranschlagten 5.000 € keine Beratung durchgeführt, sondern nur die Organisation finanziert werden solle.

Frau Welper weist darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion auf die frühere Situation der trägerunabhängigen Pflegeberatung abziele. Sie fragt insofern, wo denn zur Zeit keine solche Beratung existiere. Herr Ludwig räumt ein, dass in einigen Städten/Gemeinden noch eine gute funktionierende Pflegeberatung vorhanden sei, vielfach jedoch die Pflegeberatung nur noch auf dem Papier existiere.

Vorsitzender Stilkenbäumer macht deutlich, dass die Pflegeberatung auch noch bezahlt werde müsse.

Frau Pohl schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion zunächst zurück zu stellen. Es solle zunächst eine Bestandserfassung erfolgen, bevor über eine Konzeption beraten werde.

Alternativ wird von Herrn Steiner vorgeschlagen, beide Anträge zusammenzufassen, da die Zielrichtung letztendlich gleich sei.

Vorsitzender Stilkenbäumer unterrichtet darüber, dass bei den Krankenkassen bereits Schulungen anlaufen, damit überall vor Ort eine entsprechende Beratung ermöglicht würde.

Im Rahmen der weiteren Diskussion werden die Anträge 01-03 und 01-04 zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefasst, über den Vorsitzender Stilkenbäumer abstimmen lässt.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit bittet die Verwaltung, auf einer der nächsten Sitzungen über die Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Borken zu berichten. Es ist das angestrebte Ziel, in jeder Kommune eine trägerunabhängige, fachlich versierte Pflegeberatungsstelle zu installieren.

**Antrag 01-05 der SPD-Fraktion:**

**Entwicklung von Qualitätskriterien für Betreuungen**

Herr Ludwig erklärt für die SPD-Fraktion, dass die Betreuungsvereine neben den Mitteln für Querschnittsaufgaben auch Leistungen für die Betreuungsleistungen selbst erhalten, wenn nach der Abgeltung durch die Amtsgerichte Defizite verbleiben würden. Bezüglich der Erledigung der Querschnittsaufgaben erhalte der Kreis entsprechende Berichte, zu den Betreuungsleistungen jedoch nicht, deshalb sollten hierzu Qualitätskriterien entwickelt werden.

Herr Haßenkamp stellt klar, dass die Qualitätsprüfung bei Betreuungen nicht beim Kreis Borken, sondern beim jeweiligen Amtsgericht als zuständiges Kontrollorgan liege. Er schlage daher vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses zu behandeln und hierzu einen Vertreter des Vormundschaftsgerichtes einzuladen.

Herr Daberkow regt an, auch den Leiter der Fachabteilung „Betreuung“, Herrn Arnold, zu diesem Termin einzuladen.

Herr Leinen gibt zu Bedenken, dass man damit nur das Feedback von einer Seite erhalte. Auch die Betroffenenenseite solle gehört werden.

Mit dieser Vorgehensweise sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag bis nach der Berichterstattung zurück.

**Antrag 01-06 der UWG-Fraktion:**

**Koordinationsstelle für Ehrenamtliche**

Herr Leinen erläutert für die UWG-Fraktion den Antrag.

Frau Pohl erklärt für die CDU-Fraktion, dass mit der Nachfolgerorganisation des Netzwerkes Ampel, der Kontaktstelle für Ehrenamtliche u. a. viele Stellen bereits Ehrenamtliche vermitteln würden. Eine weitere Stelle sei nicht erforderlich.

Frau Schulte ergänzt hierzu, dass ein solches Vorhaben bereits mit der Kontaktstelle für Ehrenamtliche versucht worden sei. Es habe sich jedoch gezeigt, dass nicht alle Interessen gebündelt werden könnten. Das Ansinnen sei gut, aber nicht mit einer Stelle umzusetzen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag 01-06 der UWG-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:**

- 1 Ja-Stimme
- 15 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag 01-06 der UWG-Fraktion ab.

### **Budget 04 – Gesundheit**

Auch hier wird das Budget 04 seitenweise durchgegangen und einzeln Fragen beantwortet.

Frau Schulte bittet um Zusatzinformationen, in welcher Höhe die einzelnen Gruppen auf der Seite 149 Transferleistungen erhalten. Die Informationen werden als Anlage zum Protokoll (Anlage 2) zugesagt.

Anschließend wird über die Anträge beraten und beschlossen.

### **Antrag 04-01 der SPD-Fraktion:**

#### **Familienhebamme/Familienkrankenschwester**

Frau Schulte erklärt für die SPD-Fraktion, dass dieser Antrag bisher im Jugendhilfeausschuss gestellt worden sei. Man habe jedoch erfahren, dass bei anderen Kreisen/kreisfreien Städten eine Anbindung an das Gesundheitsamt bestehe. Diese Überlegung sei nicht von der Hand zu weisen und habe darüber mehrere Vorteile wie die fachliche Unterstützung innerhalb des Fachbereiches Gesundheit und der Zuständigkeit für den gesamten Kreis Borken.

Frau Pohl verweist auf die Beschlusslage vom 11.09.2008 im Jugendhilfeausschuss. Dort sei ein "Handlungskonzept zum Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems im Kreis Borken - Modul I: Zielgruppe Schwangere und Familien mit Säuglingen und Kleinkindern im Alter von 0-6 Jahren" beschlossen worden, zu dem auch die Förderung des Einsatzes von (Familien-) Hebammen gehöre. Diesbezüglich stünden aber noch das Anbindungskonzept und die Finanzierung aus.

Auf Grund dieser Information zieht die SPD-Fraktion ihren Antrag 04-01 zurück; ggfls. wird der Antrag im Kreisausschuss erneut gestellt.

**Antrag 04-02 der SPD-Fraktion:**

**Aufstockung der Hilfen zur Familienplanung**

Nachdem Frau Schulte kurz den Antrag erläutert, informiert Frau Scherwinski darüber, dass der Fachbereich Gesundheit im Produkt 04.01.01 unter dem Punkt 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ einen Haushaltsansatz von 15.000 € für die Unterstützung von Frauen in Schwangerschaftskonfliktsituationen besitze. Die Gelder hieraus würden unbürokratisch bewilligt. Sie könne sich vorstellen, dass aus diesen Mitteln in Einzelfällen auch die Kosten für die Familienplanung übernommen werden könnten

Frau Schulte bittet darum, hierüber die Schwangerschaftsberatungsstellen zu informieren, was Herr Haßenkamp auch zusagt.

Darauf hin zieht die SPD-Fraktion ihren Antrag 04-02 zurück.

**Antrag 04-03 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:**

**Festkostenzuschuss für die AIDS-Hilfe Westmünsterland e. V. Ahaus**

Frau Welper begrüßt im Namen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass für die AIDS-Hilfe ein Festkostenzuschuss vorgesehen ist. Diese Mittel würden jedoch nicht ausreichen, um auch die weiteren Arbeitsfelder wie im Antrag dargelegt zu bedienen.

Frau Scherwinski erinnert daran, dass in 2008 der Ansatz um 4.000 € erhöht worden und der erhöhte Ansatz ab 2009 generell mit 20.000 € veranschlagt worden sei. Dies sei mit einer Zielvereinbarung verbunden gewesen. Das Robert-Koch-Institut habe bis 2007 einen stetigen Anstieg der HIV-Neuinfektionen festgestellt. Ein weiterer Anstieg sei seit 2007 jedoch nicht zu verzeichnen. Nunmehr müsse zunächst gesehen werden, wie sich der erhöhte Ansatz in Zusammenspiel mit der AIDS-Fachkraft des Kreises Borken auswirke.

Frau Pohl schließt sich der Argumentation von Frau Scherwinski an.

Frau Schulte macht auf die um sich greifende Sorglosigkeit in der Bevölkerung im Hinblick auf AIDS aufmerksam und erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese im Hinblick auf die Beratung der AIDS-Hilfe in Schulen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstütze.



Herr Leinen erklärt für die UWG-Fraktion ebenfalls eine Unterstützung des Antrages, will jedoch den Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen wissen, so dass vor Ausgabe der Bedarf überprüft werden könne.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den von der UWG-Fraktion modifizierten Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

6 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag der UWG-Fraktion und damit auch den weitergehenden Antrag 04-03 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ab.

**Antrag 04-04 der UWG-Fraktion:**

**Bezuschussung der Telefonseelsorge**

Nachdem Herr Leinen den Antrag kurz erläutert, führt Herr Haßenkamp auf Nachfrage aus, dass der Kreis Borken von den Telefonseelsorgen Wesel, Münster und Recklinghausen versorgt werde. Für einen begrenzten Zeitraum habe der Kreis Borken einen Zuschuss geleistet, der jedoch im Rahmen der Aufgabenkritik entfallen sei. Die Telefonseelsorge biete ihre Dienste nach wie vor an.

Frau Schulte erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie dem Antrag zustimme. Es sei ein wichtiges Anliegen. Die SPD-Fraktion habe bereits damals gegen die Streichung der Mittel gestimmt.

Frau Pohl macht darauf aufmerksam, dass eine Zuschuss keine Änderung des Angebotes bewirke.

Auf die Nachfrage von Frau Tanjsek, ob es Informationen zu den Suizidraten im Kreis Borken und die Altersverteilung gebe, sagt Frau Scherwinski zu, dass sie versuchen werde, diese Zahlen zusammenzutragen. Ihrer Meinung nach stehe die ansteigende Zahl der Suizide in direktem Zusammenhang mit der Zunahme an depressiven Erkrankungen. Es sei insoweit sinnvoller, bereits der Ursache entgegenzusteuern.

Vorsitzender Stilkenbäumer unterbreitet den Vorschlag, sich lieber mit dem Grundproblem zu befassen. Eine Zuschuss der Telefonseelsorge verändere nichts. Wichtig sei, auf dieses Problem aufmerksam zu machen.

Frau Scherwinski schlägt vor, dass in diesem Zusammenhang der Sozialpsychiatrische Dienst des Kreises Borken seine Arbeit im Ausschuss vorstellt.

Die UWG-Fraktion zieht ihren Antrag 04-04 zurück.

### **Beschlussvorlage: 0287/2008**

Anschließend lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussentwurf unter Berücksichtigung der zuvor getroffenen beschlossenen Änderungen abstimmen.

### **Beschluss:**

- 10 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme der Budgets 01 „Soziales“ und 04 „Gesundheitswesen“ für das Jahr 2009 unter Berücksichtigung der bereits zuvor beschlossenen Änderungen.

### **Punkt 3: Hausärztliche Versorgung im Kreis Borken Berichterstatterin: Frau Scherwinski**

---

Frau Scherwinski führt aus, dass in den letzten Monaten immer wieder in der Presse von einem drohenden „Landärztemangel“ zu lesen sei. Schon jetzt sei die Lage im Kreis Borken kritisch, es würden im Kreis Borken bereits 48 Hausärzte fehlen. Wenn jedoch diese 48 Hausärzte ebenfalls vorhanden wären, habe man eine 110%ige Bedarfsdeckung.

Gravierender sei dagegen, dass von den vorhandenen Hausärzten bereits 15% älter als 65 Jahre seien. Das bedeute, dass sich die Lage zuspitzen werde, wenn nicht adäquat gegen-gesteuert werde. Die Versorgung mit Fachärzten im Kreis Borken sei dagegen zur Zeit noch gesichert. Es bestehe für den Kreis Borken eine Zulassungssperre für alle Facharztbereiche mit Ausnahme der ärztlichen Psychotherapeuten.

Das Problem des Hausärztemangels im ländlichen Bereich sei auch seitens der Landesregierung erkannt worden. NRW-Gesundheitsminister Laumann plane mit einem „Aktionsbündnis zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung“ dem drohenden Ärztemangel vor allem in den ländlich geprägten Regionen vorzubeugen. Zentrale Punkte dieses Aktionsbündnisses seien:

- Erhöhung der Lehrstühle für Allgemeinmedizin,
- Lockerung der Zugangsbeschränkung für das Medizinstudium,
- Zuschüsse für die Facharztausbildung zum Allgemeinmediziner, da die vorgeschriebene Fortbildung in niedergelassenen Praxen mit im Vergleich sehr viel geringerem Gehalt erfolge als in den Krankenhäusern,

- Zuschüsse für Hausärzte in den „Notstandsgebieten“ und für Praxismieten.

Das Land habe hierfür 1,5 Mio. € in Aussicht gestellt.

Weiterhin sei seitens der Kassenärztlichen Bundesvereinigung geplant, die Altersgrenze der niedergelassenen Ärzte, die derzeit bei 68 Jahren liege, zu erhöhen.

Außerdem sollen die Rahmenbedingungen für niedergelassene Ärzte verbessert werden, z. B. durch Kürzung der Arbeitszeit, durch Bürokratieabbau oder eine eventuelle Entlastung durch Krankenschwestern. Hierdurch solle insbesondere dem zunehmenden Wegzug der Ärzte ins Ausland bzw. der Abwanderung außerhalb der klinischen Versorgung (z. B. Pharmazie) entgegengewirkt werden.

Aktuell würden darüber hinaus Gespräche des Landkreistages mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung hinsichtlich einer Überarbeitung der Planungsgrundlagen stattfinden. Derzeit würden für den städtischen Bereich immer noch höhere Kennzahlen angesetzt als für den ländlichen Bereich. Angestrebt werde eine kommunale Beteiligung bei der Planung.

Zuständig für die ärztliche Bedarfsplanung unserer Regien sei die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe. Der Kreis Borken habe vor dem Hintergrund des drohenden Hausärztemangels mit der Kassenärztlichen Vereinigung Kontakt aufgenommen. Ein Gespräch zur Versorgungssituation und zur möglichen Gegensteuerung mit der Spitze der Kassenärztlichen Vereinigung sei für den 16.01.2009 vereinbart worden.

Parallel dazu habe der Kreis Borken im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Der familienfreundliche Kreis Borken“ die Situation des Hausärztemangels dargestellt und gemeinsam mit den Vertretern der Städte und Gemeinden Überlegungen angestellt, wie man am effektivsten auf regionaler Ebene regieren könne. Vor Ort seien günstige Rahmenbedingungen wie günstige Grundstücke oder Praxisräume, familienfreundliche Strukturen wie Schulen, Kindergärten, Freizeitangebote, interessante Kulturangebote oder Arbeitsplätze für die Ehepartner wichtige Anreize für eine Niederlassung im ländlichen Bereich.

Der Fachbereich Gesundheit werde den Städten und Gemeinden gerne seine Hilfe bei der Suche nach Landärzten anbieten.

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt Frau Scherwinski für den umfang- und aufschlussreichen Bericht.

**Punkt 4: SGB II  
Budgetplanung 2009  
Vorlage: 0288/2008**

---

Berichterstatterin: Frau Lökes

Frau Lökes erläutert kurz die Vorlage. Sie weist darauf hin, dass bei der Budgetplanung kalkulatorische Werte wie in 2008 zu Grunde gelegt worden seien. Gegebenenfalls müsse die Budgetplanung noch an Veränderungen angepasst werden. Gleiches gelte hinsichtlich aktuell geführten politischen Diskussion über die Instrumente im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen im SGB II.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2009 zu.

**Punkt 5: Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales  
und Gesundheit für das Jahr 2009  
Vorlage: 0290/2008**

---

Berichterstatter: Herr Groschke

Auf die Nachfrage von Frau Tanjsek, warum eine Sitzung am Mittwoch stattfindet, erklärt Herr Haßenkamp, dass die Terminplanung das Ergebnis der Abstimmung der Termine aller Fachausschüsse, des Kreisausschusses, der Kreistages und weiterer externer Gremien sei. Insofern sei es nicht möglich gewesen, alle Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit auf einen Dienstag oder einen Donnerstag zu legen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2009 wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 6.1: Kostenloses Mittagessen in den Werkstätten für behinderte Menschen**

---

Herr Ritter informiert darüber, dass das Bundessozialgericht in seinem Urteil vom 11.12.2007 – B 8/9b SO 21/06 R – entschieden habe, dass das kostenlos in den Werkstätten für behinderte Menschen zur Verfügung gestellte Mittagessen zwar nicht als Einkommen bei den Grundsicherungsleistungen berücksichtigt werden dürfe, aber die Regelleistung entsprechend zu kürzen sei, da der notwendige Lebensunterhalt durch diese Leistung teilweise gedeckt werde.

Bislang sei im Kreis Borken – wie in den anderen Münsterlandkreisen auch – das Mittagessen bei der Hilfgewährung unberücksichtigt geblieben.

Da auch die anderen Kreise dazu übergehen würden, diese Bundessozialgerichtsentscheidung umzusetzen, werde auch der Kreis Borken seine Bewilligungspraxis umstellen und die Regelleistung entsprechend kürzen.

Um unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, solle bei Werkstattbeschäftigten zunächst eine pauschale Berücksichtigung (Anrechnung von 15 Mittagessen im Monat) erfolgen. Soweit am Jahresende der Nachweis der tatsächlich in Anspruch genommenen Mittagessen von den Hilfeempfängern vorgelegt werde, erfolge ein Spitzabrechnung.

Es sei beabsichtigt, vor der Einführung dieser Maßnahme die Vorgehensweise in den Werkstätten bekannt zu machen und Betroffene über die Presse zu informieren.

---

**Punkt 6.2: Pressemitteilung "Privat vor Staat"**

---

Herr Groschke berichtet darüber, dass entsprechend dem Wunsch aus dem Kreistag die Pressemitteilung „Privat vor Staat“ herausgegeben worden sei. Der Artikel ist als Anlage 3 dem Protokoll beigefügt.

---

**Punkt 7: Anfragen**

---

keine

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 19:25 Uhr und dankt Allen für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Zudem wünscht er den Anwesenden und deren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

---

Wilhelm Stilkenbäumer  
Vorsitzender

---

Jürgen Bietenbeck  
Schriftführer